ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Scheuch, Erwin K.

Article — Digitized Version

Partnerschaft statt Mißachtung oder Überschätzung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scheuch, Erwin K. (1968) : Partnerschaft statt Mißachtung oder Überschätzung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 10, pp. 581-586

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133898

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wissenschaft und Politik

Partnerschaft statt Mißachtung oder Überschätzung

Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, Köln *)

Politik und Wissenschaft zeigen heute in der Bundesrepublik so viel Interesse füreinander wie nie zuvor. Beiden ist dabei nicht recht wohl. Daß Wissenschaft und Politik getrennt voneinander existieren, ist jedoch für ein Staatswesen wie die Bundesrepublik nicht mehr möglich.

Die Konkurrenz zwischen den großen und halbgroßen Staaten dieser Erde drückt sich nicht nur in Wettrüsten oder wirtschaftlicher Konkurrenz aus, sondern auch in der Kulturpolitik und als Wettbewerb in der Produktion neuen Wissens. In allen großen und halbgroßen Staaten wird auch im inneren Wettbewerb um Macht die Hilfe wissenschaftlicher Institutionen und Erkenntnisse gesucht und genutzt. Selbst einfache Verwaltung — oder vielleicht gerade diese — kann ohne Kooperation mit der Wissenschaft nicht mehr erfolgreich sein. Und nicht zuletzt trägt ein sehr elementarer Sachverhalt dazu bei, daß Wissenschaft den Politikern nicht gleichgültig ist und daß politische Entscheidungen für Wissenschaftler zum Problem werden: Die Milliardenbeträge, die heute eine auf breiter Front betriebene Forschung kostet. Allein der Haushalt 1969 weist für Wissenschaftsförderung 2,1 Milliarden aus. Diese Bedeutung der Wissenschaft für die Politik und der Politik für die Wissenschaft ist noch ziemlich neu. So ist es verständlich, daß angemessene Formen der Koexistenz zwischen Politik und Wissenschaft noch nicht entwickelt sind.

DIE NUTZUNG WISSENSCHAFTLICHER ERKENNTNISSE

Eine Politik, die sich konsequent die Wissenschaft untertan macht: Dies ist eine der Schreckensvisionen in Zukunftsromanen. George Orwell beschwört in seinem Roman „1984" eine Zeit, in der ein jeden Lebensbereich erfassendes Kommunikationswesen als Instrument der Herrschaft die Freiheit auch ohne permanente Anwendung physischer Gewalt tötet. Schon vorher hatte Aldous Huxley die Schrecken einer Gesellschaft gezeichnet, in der nach Enträtselung der Geheimnisse der Genetik Menschen nach vorbestimmten Plänen produziert würden. Die Fragestellung dieser erschreckenden Zukunftsvisionen war nicht so sehr der Fortschritt der Wissenschaft — oder genauer ihrer praktischen Anwendungen; dieser Fortschritt wurde als ziemlich selbstverständlich unterstellt und ist es wohl auch. Problem und Voraussetzung dieser Visionen war die Vorstellung, die praktische Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolge allein nach dem Willen einer als homogen verstandenen Gruppe von Herrschenden.

Gelegentlich scheint es in diesen Tagen, als ob Teile der schreckerregenden Zukunft schon mit uns seien. Vor einigen Jahren erschien im amerikanischen Wirtschaftsmagazin „Fortune" eine Satire, in der empfohlen wurde, sich endlich die Fortschritte in der Computer-Technik für Zwecke der politischen und sozialen Kontrolle zunutze zu machen. Jeder Mensch solle eine Nummer erhalten und bei einer jeden Tätigkeit mit dieser Nummer registriert werden. Beispiel: eine Honorarzahlung an den Arzt Schmitz wird vom Postscheckamt registriert als Zahlung an Nummer 1.000.100; heiratet Arzt Schmitz, so trägt der Pfarrer in den Papieren die Heirat von 1.000.100 ein; wählt der Arzt Schmitz, so hat nach Vermerk in der Wahlliste 1.000.100 gewählt; und verursacht der Arzt Schmitz einen Unfall, so war es der Unfall von 1.000.100. Wird dazu noch jeder Verhaltensakt mit einer Kennzahl versehen und werden diese Daten alle in eine nationale Datenbank eingegeben, so wäre für die Regierung eines Landes das Leben des Arztes Schmitz — alias 1.000.100 — durchsichtiger als für seine Nachbarn in einem kleinen Dorf.

„Eine großartige Idee": das war die vorwiegende Reaktion der Manager auf diese Satire, die ernst genommen wurde. Diese Idee traf sich mit dem Versuch einiger Abgeordneter, durch eine nationale Datenbank für wirtschaftliche Angaben und Daten der Volkszählung das Geschäft des Regierens durchsichtiger zu machen. Mehrere Jahre hindurch hielt ein Ausschuß des amerikanischen Kongresses Hearings ab, in denen die technischen Probleme einer solchen nationalen

*) Überarbeitete Fassung eines Kommentars im Deutschlandfunk.

Datenbank dargelegt wurden. Die amerikanischen Steuerbehörden verwirklichten auch bereits einen Teil dieser Idee: Bei jeder Zahlung aus öffentlichen Mitteln wird der Empfänger mit seiner Nummer in der staatlichen Sozialversicherung registriert. Präsident Johnson setzte sich schließlich dafür ein, daß diese verschiedenen Ideen und Versuche zu einer nationalen Datenbank vereinigt würden. Ein solches Machtinstrument verweigerte der amerikanische Kongreß seinem Präsidenten.

DIE GEPLANTE BUNDESDATENBANK

Kurt Georg Kiesinger und sein Planungsstab wollen jetzt in der Bundesrepublik den Gedanken einer umfassenden Datenbank für das Geschäft des Regierens verwirklichen. Dabei ist nicht gedacht an die Registrierung jedes einzelnen Bürgers und seiner Handlungen. Sonst aber soll diese Bundesdatenbank sogar das übertreffen, was in Amerika zur Diskussion stand. In diese Bundesdatenbank sollen alle Daten der Volkszählung eingehen, Umfrageergebnisse, Daten über die Benutzung kultureller Einrichtungen, Zahlen über Veränderungen in der Wirtschaft, Berichte der Geheimdienste, die zwischen Staaten ausgetauschten Dokumente, Gerichtsentscheide, Patente, wissenschaftliche Aufsätze, Berichterstattung in der Presse.

Wenn diese Datenbank so funktionieren würde, wie sich das die Planer vorstellen, so wird dann durch Knopfdruck aus dem Computer abrufbar: Welcher Politiker wurde in der letzten Woche am ungünstigsten von der Presse beurteilt; wie hat sich in den letzten 12 Monaten die Nachrichtenpolitik der Nürnberger Nachrichten verändert; wie hoch sind die Strafen gegen Demonstranten in einzelnen Gerichts-Bezirken; benutzt die Sowjetunion in ihren letzten Noten andere Argumente gegen die Bundesrepublik als 1956; bei welcher Gruppe in der Bevölkerung verliert die Regierung gegenwärtig am meisten an Sympathie; steigt die Zahl der Disziplinarprobleme in der Bundeswehr an und von seiten welcher Gruppen; oder verändert sich die Beschäftigtenstruktur der Kleinbetriebe in der Textilindustrie.

Mit diesen hier erwähnten Aufgaben einer Datenbank, die auch in den USA schon diskutiert wurden, will man sich aber in der Bundesrepublik nicht begnügen. Die deutsche Datenbank soll auch einen Teil der Denkaufgaben im Entscheidungsprozeß übernehmen. Etwa: welche Folge hätte eine Sperre von Handelskrediten oder deren Erweiterung für einen Staat der dritten Welt; oder welche Veränderung in der Kampfkraft hätte die Beschaffung eines neuen Waffensystems für die Bundeswehr und wie würde die UdSSR darauf reagieren können; oder wie würde sich eine Verlagerung der Wissenschaftsförderung auf die Patent- und Lizenzbilanz der Bundesrepublik auswirken.

Ich will hier nicht auf die politischen und moralischen Folgen einer Bundesdatenbank eingehen. Eine politische oder moralische Beurteilung der Super-Datenbank dürfte ein unnützer Aufwand an Gesinnung sein. Zwar erscheint diese Super-Datenbank gegenwärtig als Plan eindrucksvoll, aber sie ist von der Verwirklichung ein sehr gutes Stück entfernt. Dafür sorgt schon ein heftiger Kompetenzstreit zwischen verschiedenen Dienststellen in der Bundesregierung: Offensichtlich würde der, der über dieses Instrument verfügen kann, einen erheblichen Machtzuwachs im Vergleich zu seinen Kabinettskollegen erhalten. Und auch dem Bundestag könnte nicht gleichgültig sein, wer auf die Knöpfe des Computers drücken darf. Dieser Plan einer Bundesdatenbank soll hier nur als ein besonders extremer Beleg für das Verhältnis zwischen führenden Politikern und Wissenschaft dienen.

AUSSAGEN MIT EINSCHRÄNKUNGEN

Eines zeigen die „gewaltigen" Pläne für eine Bundesdatenbank: Wissenschaft als Technik wird hierzulande hoch geschätzt. Mögen in vielen Behörden deren leitende Beamte auch noch zögern, sich der neuesten Entwicklungen im Informationswesen, in der Datenspeicherung oder in der Netzwerktechnik zu bedienen, Politiker sind hier unvoreingenommener. Zugleich zeigt die Geschichte der Vorbereitung einer Bundesdatenbank ein bemerkenswert gestörtes Verhältnis zur Wissenschaft.

Daß Wissenschaft Machtzuwachs bedeuten kann, wird verstanden; daß Wissenschaft aber ohne ein Mindestmaß an Öffentlichkeit zumindest innerhalb der Wissenschaft selbst degeneriert — nicht nur moralisch, sondern auch technisch —, das wird nicht gesehen. Wissenschaftliche und technische Aussagen sind notwendig Aussagen mit Einschränkungen; und notwendig ist mit ihnen der Hinweis verbunden, daß das, was außerhalb der Wissenschaft interessiert, von dieser zu einem jeden Zeitpunkt nur unvollkommen verwirklicht werden kann. Für alle diejenigen, die mit wissenschaftlichem Denken vertraut sind, wird verdächtig sein, wenn ein Wissenschaftler ihnen ohne Einschränkung die Lösung einer neuen Aufgabe verspricht. Das können nur Wundertäter vom Typ Cagliostros. Und dieser Modeglaube an die Wundertätigkeit eines einzelnen Menschen oder einer Gruppe scheint gerade bei denen verbreitet, die vertrauliche Informationen oder geheimdienstliche Erkenntnis und neue Ergebnisse der Wissenschaft ihrem Charakter nach nicht auseinanderhalten können.

Durch Speicherung wissenschaftlicher Aufsätze soll in Zukunft im Prinzip abrufbar sein, wie etwa eine Propagandakampagne anzulegen ist oder wie die Steuermoral gesteigert werden kann. So etwas hoffen, heißt mißverstehen, wie wissenschaftliche Aussagen übersetzt werden müssen in Ratschläge an politisch Entscheidende. Eine jede wissenschaftliche Arbeit behandelt nicht ihren Gegenstand in seiner ganzen Komplexität, sondern unter vereinfachten Bedingungen;

Anwendung heißt aber, genau diese Vereinfachung nicht hinnehmen zu können. Anwendung heißt auch, die Risiken eines Fehlschlags angesichts des zu erwartenden Nutzens zu berücksichtigen, heißt Zielkonflikte und begrenzte Mittel in das Kalkül der Entscheidung mit einzubeziehen, und heißt schließlich Wertentscheidungen treffen. Die Vorstellung etwa, man könne aus den in einer Datenbank gespeicherten Aufsätzen zur Familiensoziologie die Informationen für eine Entscheidung abrufen, wie durch einige Maßnahmen die Jugendkriminalität zu vermindern ist, ist schiere Phantasterei — oder genauer: spätmittelalterlicher Alchimistenglauben in der Sprache moderner Technologie.

Der amerikanischen Diskussion um eine nationale Datenbank, die dann schließlich doch nicht verwirklicht wurde, ging eine vieljährige öffentliche Diskussion voraus. Die Pläne für eine deutsche Bundesdatenbank werden von einigen Referenten mit einigen Privatberatern entwickelt. Datenbank bedeutet Herrschaftswissen erlangen, und Herrschaftswissen — so glaubt man — verträgt sich nicht mit allgemeiner Diskussion. Das Resultat ist ein für die Öffentlichkeit bedrohlich und für Fachleute komisch anmutender Plan — komisch zumindest in der Version „Luxusausgabe Datenbank Kiesinger".

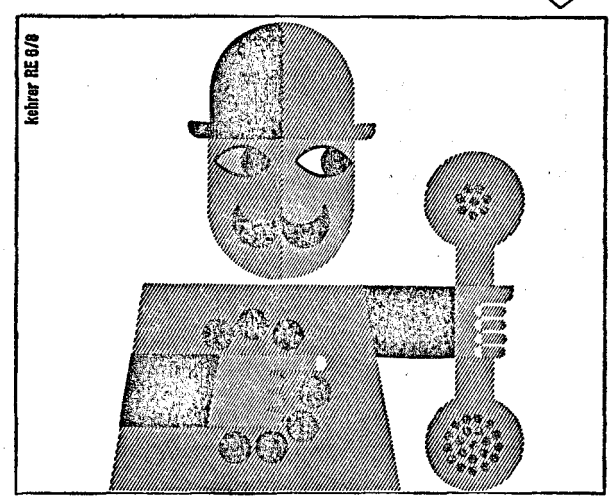
ZUSAMMENARBEIT VON POLITIK UND WISSENSCHAFT

Ministerien und Politiker legen in der Bundesrepublik wie in anderen modernen Staaten Wert darauf, in Kontakt mit führenden Wissenschaftlern zu stehen. Im letzten Bundestagswahlkampf konkurrierten SPD und CDU unter anderem mit der Angabe, wie viele Wissenschaftler ihnen zur Verfügung stünden. Kaum hatte die SPD einen fiktiven Beraterkreis der Öffentlichkeit vorgestellt (die meisten Berater erfuhren erst aus der Presse von ihrer zweifelhaften Ehre), da gab die Bundesregierung die Zahl ihrer wissenschaftlichen Berater an: genau 471.

Die wichtigste Form der Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsinstanzen und Wissenschaft sind die Beiräte. Seit Gründung der Bundesrepublik gab es nach der Zählung von Dreitzel davon etwa 90 Stück. Einige davon, wie die wissenschaftlichen Beiräte beim Wirtschafts-, Verkehrs-, Ernährungs-, Finanz- und Wohnungsbauministerium existieren heute noch; einige wurden aufgelöst, und viele dieser Gremien wissen nicht genau, ob sie sich als existent betrachten sollen.

Sicherlich ist die Bedeutung dieser Beiräte sehr unterschiedlich. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", der „wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium" oder der „Wissenschaftsrat" sind Gremien eines solchen Gewichts, daß ihre Aussagen weitgehend einen Entscheidungsprozeß bestimmen. Auch das ist eine unangemessene Funktion der Wissenschaft, die politische Entscheidungen nicht ersetzen darf. Andererseits ist es viel häufiger, daß Beiräte oder sonstige Formen der Heranziehung von Professoren dazu dienen, eine bereits getroffene Entscheidung gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren. Beide haben Nutzen davon: die Wissenschaftler erhalten durch Mitgliedschaft in Beiräten so etwas wie das Ansehen eines „Wirklichen und Geheimen Hofrates", und die Ministerien und Politiker können das Prestige der Wissenschaftler benutzen. Einer der einflußreichsten politischen Wissenschaftler, der Deutschamerikaner Henry Kissinger von Harvard, hat eben darauf verwiesen und berät doch weiter. Denn durch Teilnahme an dieser Beratungstätigkeit wird auch für Wissenschaftler selbst etwas Wichtiges erreicht: sie lernen ein Stück Wirklichkeit kennen, das ihnen sonst verborgen bleiben muß, und sie werden mit Fragestellungen konfrontiert, die sich nicht von selbst aus ihrer Arbeit ergeben. Wieviel Reibungen sich auch immer zwischen Politikern, Beamten und Wissenschaftlern in dieser Form der Beratung ergaben: allmählich entwickelt sich hier ein Stil der Zusammenarbeit, der sachlich vertretbar ist.

Mit Telefonbau und Normalzeit telefonieren...



...wenn es sich um Fernsprech- oder andere Fernmeldeprobleme handelt!
Wir liefern: Fernsprech-Anlagen, Elektrische Uhrenanlagen, Uhrensäulen, Feuermelde-Anlagen, Überfall- und Einbruch-Meldeanlagen, Wächterkontrollanlagen, Zeiterfassungs-Anlagen, Fernwirk- und Datenübertragungsanlagen, Lichtsignal-Anlagen, Postalia-Franklermaschinen.

TELEFONBAU UND NORMALZEIT 6 Frankfurt 1
Mainzer Landstraße 134-146 Postfach 2369 Telefon 2661

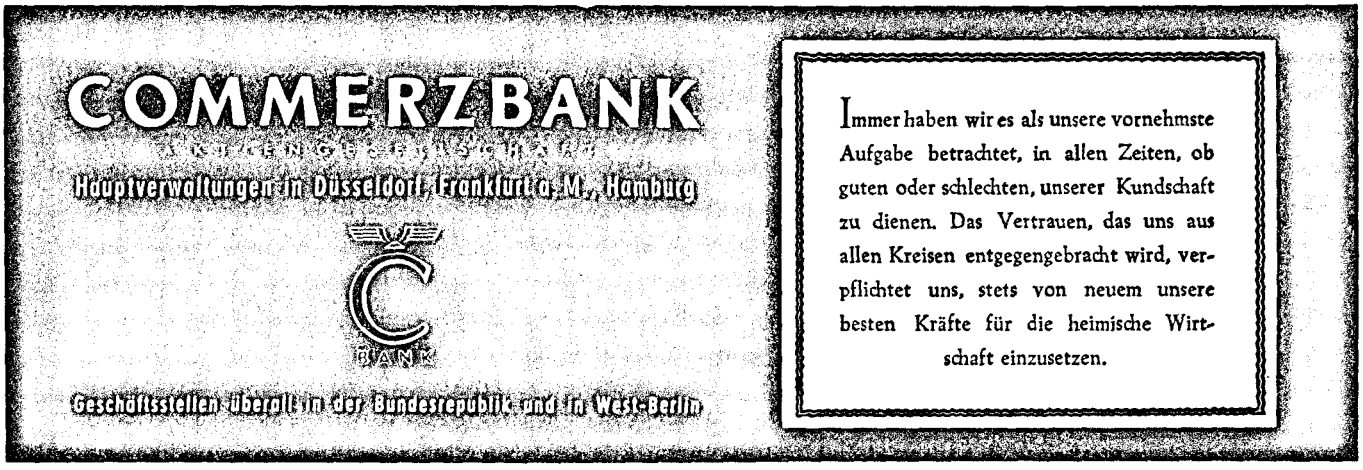
Bei den Plänen zur Bundesdatenbank wurden Fachwissenschaftler nicht gehört. Hier verließen sich insbesondere die starken Figuren im und um das Kabinett Kiesinger auf Berater, die von ihnen abhängig sind und von denen kein politischer Ärger zu erwarten ist. Diese Berater verstehen von den inhaltlichen Fragen einer Realwissenschaft so wenig, daß der technologischen Phantasie durch Kenntnisse dieser Art keine Grenzen gesetzt sind. Insbesondere Bundeskanzler Kiesinger, der ein eher poetisches Verhältnis zur Wissenschaft besitzen dürfte, schätzte den Höhenflug der Gedanken von Menschen, die gern technische Phantasien zu Papier bringen und sich nicht mit konkret vorstellbaren Teillösungen begnügen wollen. Hier wird Wissenschaft und Technik in der Erscheinungsform als Fetisch zum Diener der politischen Macht — und nicht Partner der Politik.

Auch Bundeskanzler Erhard war ein Politiker, der ein poetisches Verhältnis zur Wissenschaft hatte. Als Erhard seine „formierte Gesellschaft" erschaute, in der alle Gegensätze der Interessen sich zu einem vom Kanzler zu verstehenden Gemeinwohl hin auflösen sollten, da beriet auch er sich nicht mit Wissenschaftlern, sondern mit Journalisten, die ein Verständnis für höhere, zumindest aber größere Dinge hatten. Entsprechend kühn wie die Bundesdatenbank des Kanzlers Kiesinger geriet dann auch das impressionistische Kolossalgemälde der formierten Gesellschaft als Gemeinschaft aller guten Menschen.

Hofberater werden kaum in einer Alchimistenküche Kohlenstoff in Diamanten oder wissenschaftliche Aufsätze in Verfügungswissen für Volksaufklärung verwandeln können. Auch das berühmt-berüchtigte Projekt „Camelot", bei dem amerikanische Sozialwissenschaftler ein Warnsystem für bevorstehende Aufstände in Südamerika entwickeln sollten, auf daß dann die US-Marineinfanterie in Zukunft schon vor dem Ausbruch des Aufstandes ein Land besuchen konnte, verkannte in grotesker Weise den Charakter wissenschaftlicher Aussagen.

Mit diesem Hinweis sollen die politischen Konsequenzen solcher Art von Alchimie unter der Bezeichnung Wissenschaft nicht verharmlost werden. Für die Bewohner von Venezuela oder Chile wäre es schließlich gleichgültig, ob sie einen plötzlichen Besuch amerikanischer Marineinfanterie einem hochstaplerischen Mißbrauch von Sozialwissenschaft zu verdanken hätten oder einem wirklich kompetenten Frühwarnsystem. Für das Auslösen von Handlungen ist es schließlich gleichgültig, ob die Ergebnisse einer Simulation internationaler Spannungen mit Hilfe einer Bundesdatenbank sich auf Wirklichkeit beziehen oder auf Phantasie.

KOEXISTENZ UNGLEICHARTIGER TÄTIGKEITEN

Wissenschaft wird gegenwärtig sowohl mißachtet wie auch überschätzt. Es wird verkannt, daß Wissenschaft ein arbeitsteiliges Unternehmen ist, das nur Teilwahrheiten produziert. Jemand anderes als ein einzelner Wissenschaftler muß diese Teilwahrheiten zusammensetzen und auf eine Entscheidungssituation beziehen. Mit Wissenschaft wird politische Entscheidung keineswegs automatisch ablesbar, sondern komplizierter, da mehr Variablen in ein jedes Kalkül eingehen. Mißachtet und in ihrer Qualität vermindert wird Wissenschaft, wenn sie nicht als eigener Bereich menschlichen Handelns, als eine eigenwertige und eigengesetzliche Form der zunehmenden Verfügbarkeit des Menschen über sich und die Natur verstanden, sondern vornehmlich als nützliches Herrschaftswissen gefördert wird.

Gegenwärtig gibt es noch zuviel Gebrauch von Wissenschaft als Fetisch in der Politik und noch zu wenig Respekt vor Wissenschaft in der Wissenschaftspolitik. Das rechte Verhältnis scheint mir weder Partnerschaft noch Unterordnung, sondern Koexistenz zweier grundsätzlich ungleichartiger menschlicher Tätigkeiten, die langfristig einander fördern, sich kurzfristig aber notwendig aneinander stoßen müssen.